

Antrag

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann,
Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Andrea Oelschlaeger und
Dr. Joachim Körner (AfD)**

Betr.: Verlängerung der U4 nach Jenfeld und Barsbüttel

Der Senat hat vor Kurzem die Pläne für die Verlängerung der U4 von der Horner Rennbahn um zwei Stationen bis zur Dannerstraße vorgestellt. Noch in diesem Jahr soll demnach der Beginn des Planfeststellungsverfahrens erfolgen. Für die Ausfädelung der neuen Strecke an der Horner Rennbahn ist ein erheblicher baulicher Aufwand erforderlich und aufgrund der Kürze der neuen Trasse kann der Bau aus wirtschaftlichen Gründen nicht im Schildvortrieb erfolgen, sondern wird in offener Baugrube ausgeführt und wird die betroffene Umgebung sehr stark belasten. Immerhin wird als Option für spätere Jahre eine Verlängerungsmöglichkeit nach Jenfeld vorgesehen. Allerdings würden jetzt vorgesehene Abstellmöglichkeiten am derzeitigen Ende der Strecke dann möglicherweise überflüssig.

Nach Auffassung der AfD-Fraktion greift diese Planung zu kurz. Schon jetzt sollte die Planung und anschließende Realisierung einer Fortführung der U-Bahn-Trasse über die Autobahnabfahrt Jenfeld und die Helmut Schmidt-Universität bis in die dicht besiedelten Quartiere von Jenfeld und – nach Abstimmung mit Schleswig-Holstein – weiter nach Barsbüttel erfolgen. In Jenfeld könnten 20.000 Einwohner und in Barsbüttel 12.000 Einwohner erreicht werden. An der Querung der Autobahn könnte eine modellhafte P+R-Anlage vor dem Rückstaubereich des Horner Kreisels vorgesehen werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unverzüglich mit den Planungen zur Verlängerung der U4 bis nach Jenfeld zu beginnen und mit Schleswig-Holstein beziehungsweise der Gemeinde Barsbüttel Verhandlungen zur Fortführung der Strecke nach Barsbüttel aufzunehmen.
2. die Planungen für ein modellhaftes P+R-Projekt an der Autobahnabfahrt Jenfeld mit komfortablen Umstiegsmöglichkeiten (kurze, barrierefreie Wege, eigene Autobahnzufahrt ohne Ampeln) einzuleiten und zu prüfen, inwieweit dafür eine Kofinanzierung durch öffentliche Zuschussgeber möglich ist.
3. der Bürgerschaft im 4. Quartal über den Fortgang der Planungen zu berichten.